



1. [Fraktion DIE LINKE. im Bundestag](#)
2. [Themen](#)
3. [Nachrichten](#)



Leiharbeitskräfte erhalten 1.300 Euro weniger Lohn als reguläre Vollzeitbeschäftigte

Nachricht von [Sabine Zimmermann](#), 13. März 2017

Die 728.389 sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Leiharbeitskräfte verdienten Ende 2015 in Deutschland durchschnittlich monatlich 1.285 Euro brutto weniger als Vollzeitbeschäftigte insgesamt. Ihr Verdienst war damit um 42 Prozent geringer. Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte insgesamt verdienten Ende 2015 ein Medianentgelt von 3.084 Euro brutto, in der Arbeitnehmerüberlassung waren es 1.799 Euro.

Über alle Anforderungsniveaus hinweg verdienen Leiharbeitskräfte deutlich weniger als ihre Kollegen. Zudem werden Leiharbeitskräfte besonders häufig im Helferbereich eingestuft. Der Lohnabstand zwischen den Beschäftigten insgesamt und der in Leiharbeit hat sich den letzten Jahren nicht verkleinert, er blieb seit Ende 2013 bei etwa 42 Prozent. Der absolute Abstand hingegen wuchs von 1.229 Euro weniger im Jahr 2013 über 1.266 weniger (2014), bis auf 1.285 weniger 2015.

Dies geht aus der Antwort der Bundesagentur für Arbeit auf eine Anfrage von Sabine Zimmermann hervor.

5,2 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Arbeitnehmerüberlassung mussten Mitte 2016 mit ergänzenden Hartz IV-Leistungen aufstocken, bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt waren es nur 1,8 Prozent.

„Die Leiharbeit war und ist der Motor der Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Ein Sprungbrett in ein normales Arbeitsverhältnis ist sie nur für wenige, für die meisten bedeutet Leiharbeit dauerhaft Niedriglöhne, schlechte Arbeitsbedingungen und Beschäftigte zweiter Klasse zu sein. Viele Normalarbeitsplätze wurden durch Leiharbeit ersetzt, durch Arbeitskräfte, die von den entleihenden Unternehmen in kürzester Zeit wieder an den Verleihbetrieb zurückgegeben werden können und zur Ware degradiert werden“, kommentiert die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE und arbeitsmarktpolitische Sprecherin die Zahlen. Und weiter:

„Diesem Handel muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. DIE LINKE fordert die Abschaffung der systematischen Niedriglohnbeschäftigung in Form der Leiharbeit. In einem ersten Schritt muss das Prinzip gleiches Geld für gleiche Arbeit ab dem ersten Einsatztag umgesetzt werden und eine Flexibilitätszulage in Höhe von 10 Prozent des Bruttolohnes eingeführt werden. Langfristig ist Leiharbeit zu verbieten.“

Auch interessant

- [Werkverträge](#)
Thema A-Z
- [Mindestlohn](#)
Thema A-Z
- [Prekäre Beschäftigung](#)
Thema A-Z
- [Minijobs](#)
Thema A-Z
- [Gewerkschaften](#)
Thema A-Z
- [Mehrheit im Bundestag für mehr soziale Gerechtigkeit nutzen](#)
Pressemitteilung von Sahra Wagenknecht